

Stefan Rabel, CDU-Stadtratsfraktion

## **Rede anl. der Haushaltsverabschiedung im Stadtrat Völklingen am 09.02.2010**

### **Wir fahren auf der Felge!**

Überall in Deutschland ist die Situation der Kommunen **dramatisch**: Im Zuge der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise sind die **Steuereinnahmen massiv eingebrochen**, die Gewerbesteuererinnahmen im vergangenen Jahr im Schnitt um mehr als 20 Prozent. Gleichzeitig steigen die Kosten, vor allem im Sozialbereich, was wir hier zum Beispiel über die stark gestiegene Umlage des Regionalverbandes Saarbrücken auszugleichen haben.

Den Städten und Gemeinden droht ein **Finanzkollaps** und damit die **Handlungsunfähigkeit**. Wenn sich die Situation nicht bessert und wir nicht gemeinsam mit dem Bund und den Ländern **grundsätzliche Lösungen** finden, werden wir demnächst große Probleme haben, Kernaufgaben wie den Ausbau der Kinderbetreuung, Ausgaben für unsere Schulen oder zur Aufrechterhaltung des öffentlichen Nahverkehrs oder der Verkehrsinfrastruktur weiterhin finanzieren zu können.

„**Wachstumsbeschleunigungsgesetz**“, hört sich zwar zuerst einmal gut an. Die **Folgen dieses Bundesgesetzes aus Berlin**, das vor allem aus einem Steuersenkungsprogramm besteht, sind für die Kommunen – wenn es wie geplant umgesetzt wird – vor allem aber, dass sich das **Wachstum unserer kommunalen Schulden beschleunigt**, weil etwa Einnahmen aus Einkommensteuern fehlen werden.

Und ich höre zwar mit Freude, dass das **Land** für dieses Jahr auf einen Sanierungsbeitrag der Städte und Gemeinden **verzichten** wird und mangels eines Zuwachses beim Kommunalen Finanzausgleich den kommunalen Anteil an der Finanzierung des Fonds „Kommunen 21“ übernimmt. Und wir wissen ja alle, dass sich das Saarland in einer sogenannten „**extremen Haushaltsnotlage**“ befindet und deshalb beim BverfG auf die Fortsetzung der auch sogenannten **Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen** klagt.

Aber auch die **Kommunen**, auch Völklingen sind in einer extremen Haushaltsnotlage. Und wer kann, wer will UNS helfen? Notwendig ist sicher der Appell an Land und Bund, bei allen Maßnahmen, die sich auf die kommunalen Einnahmen und auswirken, die **Folgen für die Leistungsfähigkeit** der Städte und Gemeinden stärker zu berücksichtigen. Ich befürchte allerdings, dass Appelle alleine nicht ausreichen.

Es existiert nun einmal ein **grundlegendes Missverhältnis** zwischen kommunalen Aufgaben und Ausgaben einerseits und Einnahmen andererseits. Unsere Möglichkeiten, die Einnahmen zu erhöhen, sind beschränkt: **Höhere Gewerbe- und Grundsteuern**, wie jetzt in Saarbrücken eingebracht, können zum Abwandern von Steuerzahlern führen. Die Erhöhung der **Hundesteuer** dürfte uns nicht grundlegend helfen und auch die Einführung einer „**Prostituiertensteuer**“ in Höhe von sechs Euro

Pro Tag und Dame, wie in Oberhausen geschehen, wird bei uns bislang nicht Erwägung gezogen.

**Gebührenerhöhungen** sind dadurch eingeschränkt, dass wir nur soviel verlangen dürfen, wie in Anspruch genommene Leistungen auch tatsächlich Kosten verursachen. Wir können vielleicht noch die Wassertemperatur in unseren **Schwimmbädern** senken, wenn wir aber – wie in Saarbrücken geplant – zwei Schwimmbäder schließen, dann haben wir keins mehr, und deshalb wollen wir das auch nicht.

**Notwendig** wären also **grundsätzliche Änderungen**: Die „**gesetzliche Befreiung der Kommunen aus ihrer Ohnmacht**“, wie es der SPD-Oberbürgermeister von Gelsenkirchen, Baranowski, formuliert hat. Bislang können sich die Städte und Gemeinden **nicht wehren**, wenn ihnen Aufgaben und Kosten aufgebürdet werden, weil sie kraft Grundgesetz **keine eigene politische Entscheidungsebene** sind, sondern **nur eine Verwaltungseinheit im Dienst der Länder**. Und Herr Baranowski – und ich kann dieser Idee etwas abgewinnen – hat vorgeschlagen, dass es in den Ländern künftig eine „**zweite Kammer**“ als **kommunale Vertretung** neben den Landtagen geben solle, die ein **Vetorecht bei Landesgesetzen** besäße und auch auf das Stimmverhalten der Länder im **Bundesrat** Einfluss nehmen sollte, soweit die Kommunen betroffen wären. Das wäre letztlich eine **Radikalreform unseres Föderalstaates**, und ich bin angesichts der bekannten Reformfreude in Deutschland gespannt, ob sich diese interessante Idee durchsetzen wird.

Bis es soweit ist, müssen wir also hier im Stadtrat versuchen, die Völklinger Probleme zu lösen, die da etwa wären: Ein **Defizit** von 50 Mio. Euro für das Jahr 2010, allein 30 Mio. Euro **weniger** an Gewerbesteuererinnahmen, das ganze vor dem Hintergrund einer **Wirtschaftskrise**, die noch nicht beendet ist.

Wir hegen die Hoffnung, **ohne** HH-Sicherungskonzept (mit den bekannten Folgen wie Streichung freiwilliger Leistungen, Steuer- und Gebührenerhöhungen) auszukommen, weshalb wir uns in den Haushaltsberatungen entsprechende **Zurückhaltung** auferlegt haben.

Zur Kommunalwahl am 7. Juni 2009 haben wir als CDU unter anderem folgende Ziele für Völklingen definiert:

- Betreuungsmöglichkeiten für unsere Kinder weiterentwickeln
- Bildungsstandort Völklingen ausbauen und langfristig sichern
- Völklingen weiter als unternehmensfreundliche Stadt etablieren
- Weiterhin erfolgreiches Stadtmarketing betreiben
- Daseinsvorsorge sichern
- Verkehrsströme und Verkehrsführung sinnvoll ordnen
- Attraktives Kultur- und Sportangebot erhalten, Vereine und Ehrenamt fördern
- Unsere Umwelt schonen und bewahren

Vor diesem Hintergrund sind in enger Abstimmung mit OB viele Ziele bereits im Entwurf enthalten, die vor allem auch **Investitionen in die Zukunft** sind: So der Ausbau von Kindergärten und -tagesstätten wie an der Grundschule Haydnstraße, in der Pasteurstraße oder an der Schlossparkschule Geislautern, auch befürworten wir die Unterstützung für den Ausbau der kath. KiTa St. Hedwig in Wehrden.

Volle Unterstützung gibt es von uns für das **Attraktivierungsprogramm in der Innenstadt** mit 1,5 Mio. Euro 2010 und in den Folgejahren. Unterstützung auch für **Neugestaltung Marktplatz Ludweiler**. Notwendig sind zweifelsohne die **Sanierungsmaßnahmen im Rathaus** – weniger für die Fraktionen als für die Rathausmitarbeiter, denen ordentliche Arbeitsplätze zustehen. Wir freuen uns auch, dass für das von der CDU-Fraktion angestoßene Projekt „**Ville Fleurie**“ weiter Mittel zur Verfügung stehen. Wir nehmen zunächst auch beruhigt zur Kenntnis, dass Kürzungen beim städtischen Kultur- und Veranstaltungsangebot nicht vorgesehen sind, ich befürchte allerdings, dass wir dort zuerst werden ansetzen müssen, wenn sich die Haushaltslage weiter verschlechtert.

Gemäß unserer **Zielsetzung**, wie wir sie in der Vergangenheit und auch zu den Kommunalwahlen formuliert hatten, setzen wir mit unseren zusätzlichen Anträgen zum GGM-Wirtschaftsplan auf den **Ausbau und Erhalt unserer Bildungs- und Sporteinrichtungen**, etwa mit der Sanierung der Turnhalle Saarstraße in Wehrden, der Erneuerung der Flutlichtanlage am Braschenplatz Grundschule Lauterbach, dem Anbau an der Lauterbachhalle, dem Umbau des Schiedsrichterraums am Sportplatz Heidstock oder dem Neubau von Garagen am Feuerwehrgerätehaus in Luisenthal. Zu diesen Maßnahmen im laufenden Jahr, die besonders auch **unseren Vereinen und ehrenamtlich Engagierten** zugute kommen, treten im GGM-Investitionsprogramm für die Folgejahre noch weitere Maßnahmen zur Planung eines Kinderzentrums im Bereich Bismarckstraße/Hofstattstraße, am Alten Schulgebäude und der Schulturnhalle in Fürstenhausen, an den Sportplätzen HRH und Heidstock sowie verschiedenen Maßnahmen in Lauterbach, wo wir gerne die Anliegen aus dem Ortsrat unterstützen wollen, weil wir sie für sinnvoll halten.

Beim **doppischen Haushalt**, wo wir wie gesagt in besonderem Maße angehalten sind, kein Sicherungskonzept zu provozieren, wollen wir die **haushaltstechnischen Voraussetzungen** schaffen, ohne zusätzliche Mittel aus bereits bestehenden Haushaltsposten notwendige Reinigungsmaßnahmen sowie Sanierungs- und Finanzierungsplanungen den Lauterbach betreffend sicherstellen, wir wollen aus den vorhandenen Mitteln für Gutachten Planungs- und Gutachterkosten zur Optimierung der Ampelanlage Dorfkreuz Geislautern finanzieren und wollen, wenn möglich aus Restmitteln des Titels, 2-3 zusätzliche Laternen auf dem Schulweg zwischen der Grundschule Haydnstraße Richtung Rotenhof / neues Wohngebiet Gärtnerstraße aufstellen.

Teurer, aber aus unserer Sicht notwendig und von unseren Luisenthaler Parteifreunden auch gefordert, wird die **Verbesserung der Verkehrssituation in Luisenthal** (speziell Unterführung) und Überprüfung von Alternativen entlang der Bahn inklusive einem Ausbau des Fußweges bis an das Barbaradenkmal. Dies wird uns in diesem Jahr sicher 50.000,-/100.000 Euro kosten, aber dies werden wir stemmen müssen.

Dieser Punkt findet sich meines Wissens auch bei der SPD und ich darf deshalb an dieser Stelle noch erwähnen, dass wir die Haushaltsanträge der SPD weitestgehend mittragen können, ebenso die Vorschläge zur verbesserten Informationspolitik der Stadt, die Fraktionen eingeschlossen, so wie wir das gestern als Fraktionsvorsitzende mit dem OB diskutiert hatten. Der Kollege Kuhn wird sicher darauf noch eingehen.

Wir hoffen sehr, dass wir in diesem Jahr und auch in den Folgejahren dann auch die **finanziellen Möglichkeiten** haben werden, all diese Maßnahmen und Projekte anzugehen und umzusetzen. Wir hoffen auf die **Unterstützung von Land und Bund** und – etwa bei der grenzüberschreitend notwendigen Lauterbachsanieierung – auch auf **Fördermittel der EU**.

Ich **bedanke** mich bei den Mitarbeitern der Verwaltung und des Eigenbetriebs GGM, die Wirtschafts-, Vermögens und Finanz- und Ergebnispläne, Ergebnis- und Finanzhaushalte in mühevoller Arbeit zusammengestellt haben und dennoch stets die Zeit fanden, uns **Unwissenden** die zahlreichen Fragen zu beantworten, die wir hatten.

Und ich hoffe auch darauf, dass wir bei all diesen Maßnahmen und Projekten **trotz** der schwierigen Finanzsituation und auch **trotz OB-Wahl** im Stadtrat und mit der Verwaltung an einem Strang ziehen werden, zum Wohle unserer Stadt!